

Bürgerversammlung des  . Stadtbezirkes am

**Betreff** (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

siehe Anhang : Anpassung des Vergabeverfahrens von  
Plätzen an unzuführenden Schulen, so dass  
Faktoren wie ÖPNV - Anbindung und fehlende  
Abdeckung durch andere Schulen berücksichtigt werden

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

**Antrag:**

Wir [REDACTED] beantragen, dass die Zuteilungsverfahren für Plätze am Louise-Schroeder-Gymnasium und an der Carl-Spitzweg-Realschule überarbeitet werden. Die Kinder in Nordallach sollen priorisiert aufgenommen werden, da für sie keine anderen wohnortnahen weiterführenden Schulen zur Verfügung stehen. Wir beantragen, dass die Aufnahme nicht mehr nach einem Radius um die Schulen erfolgt, sondern dass als weiteres Kriterium berücksichtigt wird, dass es insbesondere für den nördlichen Teil Allach-Untermenzings keine Schulen gibt, die diesen Bereich mit ihrem Einzugsgebiet abdecken. Die dort wohnenden Kinder müssen täglich mindestens 90 min zur Schule und zurück pendeln.

**Begründung:**

Die bisherige Praxis der Schulplatzvergabe führt dazu, dass Kindern mit gerade mal 10 Jahren lange Wegstrecken durch die Stadt zugemutet werden. Diese räumliche Trennung erschwert es den Kindern sozialen Anschluss zu finden und Freundschaften zu knüpfen. Ein langer Anfahrtsweg zur Schule bedeutet auch weniger Zeit zum Lernen, zur Erholung und zur Freizeitgestaltung. Kurze Schulwege sind ein wichtiger Beitrag zur sozialen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit.

Angesichts des äußerst starken Zuzugs in unseren Bezirk, werden die wenigen wohnortnahen Schulplätze an weiterführenden Schulen in unserem Stadtteil weiter verknappt. Zudem werden die Gymnasien in Dachau zukünftig keine Münchner SchülerInnen mehr aufnehmen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass Kinder aus den Randgebieten nicht an den weiterführenden Schulen des eigenen Bezirks abgewiesen werden. Wir fordern die Stadt auf, zu verhindern, dass Kindern aus Nordallach über das ganze Stadtgebiet verteilt Restplätze zugeteilt werden.

Die bisherige Verfahrensweise, Plätze innerhalb eines Radius um die Schule herum zu vergeben, vereinfacht zwar das Vergabeverfahren, benachteiligt aber Kinder aus den Randgebieten unseres Bezirks. Bis zur Inbetriebnahme des Gymnasiums in Karlsfeld und der Erweiterung der Carl-Spitzweg-Realschule auf fünf Züge, soll die Stadt gemeinsam mit den betroffenen Schulen ein Verfahren zur sozial verträglicheren Aufteilung der verfügbaren Schulplätze auszuarbeiten, welches auch Faktoren wie Anbindung an den ÖPNV und Verfügbarkeit von alternativen Schulplätzen berücksichtigt.

Wir begrüßen es, dass es ab dem nächsten Schuljahr am LSG Vorläufer-Klassen für das Karlsfelder Gymnasium geben wird. Wir freuen uns, dass dieses Jahr, im Gegensatz zu den Jahren davor, keine Kinder aus Nordallach am LSG abgewiesen werden mussten.

[REDACTED]